



Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes streikten gestern und kamen zu einer Kundgebung auf dem Dürener Ahrweilerplatz zusammen. Fotos: Ingo Latotzki

## 350 beteiligen sich an Warnstreik

Auf Initiative von Verdi zieht ein Demonstrationzug von den Rheinischen Kliniken über den Ahrweiler Platz bis zum Krankenhaus. Fünf Kindergärten bleiben geschlossen, Notbesetzung im Bürgeramt.

**Düren.** Etwa 350 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes haben gestern in einem Warnstreik ihre Arbeit niedergelegt und für ein höheres Gehalt und mehr Urlaub demonstriert. Der Streik hatte teilweise Auswirkungen für die Bürger. In Düren etwa blieben fünf Kindertagesstätten komplett geschlossen, drei boten nur eine Notgruppe. Das publikumsintensive Bürgeramt wies ebenso auf eine Notbesetzung hin und kündigte längere Wartezeiten für Kunden an.

Die Gewerkschaft Verdi fordert 3,5 Prozent mehr Lohn und eine monatliche pauschale zusätzliche Gehaltszahlung von 100 Euro. „Den Unternehmen geht es gut“, sagte Harald Meyer, Verdi-Fachbereichssekretär aus Aachen. Von den Gewinnen profitierten Bund, Länder und Kommunen über „sprudelnde Steuereinnahmen“. Davon müsse der Öffentliche Dienst etwas haben, so Meyer. „Der Staat muss doch als Vorbild vorangehen.“ Meyer kritisierte

überdies „die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland“. Als er den 350 Streikenden zurief, die Bundestagsabgeordneten hätten sich „in den letzten zwei Jahren zehn Prozent Diätenerhöhung genehmigt“, brandete Beifall auf.

„Wir müssen unbedingt zulegen, vor allem die unteren Lohngruppen.“

**HELGA SCHABRAM, PERSONALRATSVORSITZENDE STADTVERWALTUNG**

In die gleiche Kerbe schlug Wolfgang Goebels, Personalratsvorsitzender des Wasserverbandes Eifel-Rur. Die 3,5 Prozent Gehaltssteigerung seien „das Mindeste, was herauskommen muss“.

„Ein Zeichen setzen“

Die Personalratsvorsitzende in der Stadtverwaltung Düren, Helga Schabram, sagte: „Wir müssen unbedingt zulegen.“ Das gelte vor allem für „die unteren Lohngrup-



Verdi-Fachbereichssekretär Harald Meyer bei seiner Ansprache vor der Annakirche.

pen“. Auch wenn es „viele Kollegen nicht gewöhnt seien, auf die Straße zu gehen, sei es wichtig, ein Zeichen zu setzen. Die Kundgebung begann am Vormittag an den Rheinischen Kliniken in Norddüren. Der Tross hatte sich pfeifend und Fahne schwenkend Richtung Dürener Innenstadt bis zur Annakirche bewegt. Dort gab es Erbsen-

suppe und Getränke. Später zog die Gruppe weiter zum Kreishaus und zum Krankenhaus an der Roonstraße. Es ging nach Worten von Verdi-Fachbereichssekretär Harald Meyer um Aufmerksamkeit, auch für die Beschäftigten, die sich am Warnstreik nicht beteiligten, aber von einem Verhandlungsabschluss profitieren würden. Meyer war gleichwohl mit der Resonanz gestern zufrieden. 350 Teilnehmer seien eine „gute Hausnummer“. Die Kollegen spürten, dass sie sich wehren müssten.

Die Kundgebung an der Roonstraße war jedoch von etwas Unmut begleitet, weil sich die Streikenden wenig entfernt von Patientenzimmern teils mit Pfeifen und Tröten bemerkbar machten.

Bislang haben die Arbeitgeber kein Angebot gemacht. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 20./21. März geplant. Bis dahin werde es wohl keinen Streikaufruf mehr geben, sagte Gewerkschafter Meyer. Sollte auch die nächste Verhandlungsrunde ergebnislos verlaufen, werde es sicher weitere Arbeitsniederlegungen geben. (inla) ► **Angemerkt**

## ANGEMERKT



Ingo Latotzki

*Es geht nicht  
nur ums Geld*

**W**as auffiel beim Warnstreik des Öffentlichen Dienstes: Es waren viele junge Kollegen dabei, Frauen und Männer, die noch in der Ausbildung sind oder gerade ihren Abschluss gemacht haben. Mit fester Meinung, aber nicht frustriert, da zumindest die von den „DN“ befragten Streikenden eine positive Einstellung zu ihrem Job offenbarten. Das kann eine Momentaufnahme sein, muss aber nicht. Was auch auffiel: Sie klagten über eine geringe Wertschätzung ihrer Arbeit, speziell im Gesundheits- und Pflegebereich. Erzieherinnen berichten oft Ähnliches. Natürlich geht es auch ums Geld. Hüben wie drüben. Nur zur Einordnung: Die geforderten 3,5 Prozent Lohnzuwachs würden den Etat der Stadt Düren um gut 900 000 Euro jährlich mehr belasten. Würde die Erhöhung auf die Beamten ausgedehnt, kämen 350 000 Euro dazu. Die Kämmerer stellen im Wissen um mögliche Tariferhöhungen in der Regel vorab einen Mehrbetrag in den Haushalt ein. In der Hoffnung, zu hoch gelegen zu haben. Auch wenn sie persönlich Lohnsteigerungen vielleicht für gerechtfertigt ansehen. Wie die Streikenden gestern. Die Chemiebranche hat 3,7 Prozent vorgelegt. Es bleibt abzuwarten, ob der Öffentliche Dienst ein ähnliches Ergebnis erzielt.

► [i.latotzki@zeitungsverlag-aachen.de](mailto:i.latotzki@zeitungsverlag-aachen.de)